

# Die politische Situation der Philippinen nach dem Wahljahr 1998

## ■ Der Wahlsieg Estradas

Mit der höchsten Stimmenzahl für einen philippinischen Präsidenten in der Geschichte des Landes wurde Joseph „Erap“ Estrada am 11. Mai 1998 als Nachfolger von General Fidel V. Ramos zum Präsidenten der Republik der Philippinen gewählt.

Das Gros der philippinischen Eliten und der Mittelschichten hatte sich im Wahlkampf vehement gegen eine Präsidentschaft Estradas ausgesprochen und ihn mit abfälligen Charakterisierungen qualifiziert. Kardinal Sin, der wichtigste Repräsentant der katholischen Kirche im Lande, hat ihn bekämpft und seine Wahl als nationale Katastrophe bezeichnet. Trotz dieser Gegenkampagnen und einer Reihe von interessanten Gegenkandidaten, wie des populären früheren Bürgermeister der Hauptstadt Manila, Lim, konnte Estrada enorme Wählermassen hinter sich bringen und rund 40 Prozent der früheren Anhängerschaft von LAKAS-NUCD (frühere Regierungspartei) für sich und seine Allianz gewinnen.

Estrada hat in seinem Wahlkampf immer betont, daß sein Hauptinteresse den Armen des Landes gilt und daß er die Lebensbedingungen der Armen verbessern wolle („Pro poor“). Corazon Aquinos Verdienst sei es gewesen, den Filipinos die Freiheit zurückzugeben zu haben, Fidel Ramos seien einige wichtige wirtschaftliche Weichenstellungen gelungen, er habe in Mindanao zur Befriedung des Landes beigetragen, für die Mehrheit der Bevölkerung sei aber zu wenig getan worden. Estrada wolle nun die konkreten

**Obwohl die philippinischen Eliten dem Kandidaten Estrada ganz überwiegend ablehnend gegenüberstanden, gelang es diesem am 11. Mai 1998, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Nach seinem Amtsantritt wurden die vor allem an die Unterschichten adressierten Wahlversprechen in einem Zehn-Punkte-Plan bekräftigt. Jedoch wird man hinsichtlich ihrer wirklichen Einlösung skeptisch sein müssen. Zu groß sind die Probleme, von der Wirtschaftskrise, über die Infrastrukturschwäche, die beschränkten Haushaltsmittel, den Spratly-Konflikt bis zur Dominanz korrupter Cliquen in Gesellschaft und Politik des Landes, als daß die neue Administration, selbst wenn man ihr den guten Willen glauben wollte, hinreichenden Spielraum für Reformen hätte.**

Lebensbedingungen der einfachen Leute verbessern. Diese anspruchsvolle Botschaft „Wohlstand für alle“ fiel bei der breiten Masse der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden und war die Grundlage für den hohen Wahlsieg von Estrada.

### ■ In Zahlen

■ **Nach dem offiziellen Endergebnis konnte Estrada 10 722 295 von 26,9 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Er hat mit rund 40 Prozent der Stimmen eine breite Zustimmung gefunden.**

Nach dem offiziellen Endergebnis konnte Estrada 10 722 295 von 26,9 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Er hat mit rund 40 Prozent der Stimmen eine breite Zustimmung gefunden. Auf dem zweiten Platz folgt Jose de Venecia mit 4 268 083 Stimmen. Interessant ist, daß Gloria Macapagal-Arroyo mit 12 667 252 Stimmen, also deutlich mehr, als Estrada erhalten hatte, zur Vizepräsidenten gewählt wurde, was ihr schon jetzt eine Favoritenrolle für die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 gibt.

Bei den Wahlen zum Kongress haben die Abgeordneten der christdemokratisch orientierten Partei LAKAS-NUCD, zusammen mit der muslimischen UMDP und KAMPI, die Mehrheit der Sitze (112 Sitze für diese Koalition, Estradas Partei LAMMP gewann nur 65 Sitze) errungen. Diese politische Allianz LAKAS-NUCD-UMDP-KAMPI zeigte sich wenig stabil. Bereits vor den Wahlen gab es Übertritte zur Koalition des Präsidenten Estrada. Als der Sieg Präsident Estradas feststand, verließ die Mehrheit der Abgeordneten das bisherige Regierungsbündnis und die nominelle Mehrheit im Abgeordnetenhaus schrumpfte auf eine Minderheit von 30 bis 40 Mandaten.

Außer dem höchsten Amt im Staat wurden 17 425 politische Mandate neu vergeben: Der Vizepräsident, zwölf von 24 Senatoren, 252 Kongreßabgeordnete, davon 202 als Direktmandate in Wahlkreisen und 50 nach Parteilisten, 78 Provinzgouverneure, 89 Bürgermeister provinzunabhängiger Städte, 1532 Bürgermeister provinzangehöriger Gemeinden und Provinz- und Gemeinderäte sind neu gewählt worden.

Die gut 34 Millionen registrierten Wähler haben sich zu 80 Prozent an der Wahl beteiligt. Über 17 400 Wahllokale, also je eines für knapp 2000 Wähler, wurden eingerichtet.

Die philippinische Verfassung erlaubt dem Präsidenten und seinem Stellvertreter nur eine sechsjährige Amtsperiode ohne zweite Kandidatur. Den 24 Senatoren wird eine einmalige, unmittelbare Wiederwahl

für das sechsjährige Mandat zugestanden. Alle drei Jahre werden zwölf Senatoren neu gewählt. Mitglieder des Repräsentantenhauses und Kommunalpolitiker können drei konsekutive Mandate von je drei Jahren in Anspruch nehmen.

### ■ Die Umsetzung der Ankündigungen

Nach den Wahlen vergaß Estrada nicht, von wem er gewählt worden war, sondern bestätigte in seiner Antrittsrede und in seinem 100-Tage-Programm, daß sein Hauptaugenmerk den Armen gilt. Darüber hinaus müsse die Kriminalität bekämpft und die Korruption ausgemerzt werden, Arbeitsplätze seien zu schaffen und die Ausbildung Jugendlicher müsse hohen Stellenwert haben. Die ersten Absichtserklärungen über die konkreten Schritte der neuen Regierung blieben allerdings sehr vage, Versprechungen und Allgemeinplätze hielten sich in etwa die Waage. Die entscheidende Frage, wie die Lebensbedürfnisse der Armen befriedigt werden sollen, wie Wohlstand für alle erreicht werden kann, blieb unbeantwortet.

Der Zehn-Punkte-Plan Estradas steckte erstmals Politikfelder der neuen Regierung ab und umriß erste Ansätze für sein politisches Programm: Die Regierungspolitik soll transparenter werden, Reformen sollen durchgeführt, Zinsen und Steuern gesenkt, unnötige Staatsausgaben gestrichen, die Inflation auf unter fünf Prozent gesenkt, Exporte und Investitionen gefördert und die Infrastruktur des Landes verbessert werden. Aber auch die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Technologie und der Umweltschutz wurden im Programm nicht vergessen. Die Landwirtschaft und der soziale Bereich genießen besondere Aufmerksamkeit im Zehn-Punkte-Programm, da die Förderung und der Ausbau dieser Bereiche insbesondere der armen Bevölkerung zugute kommt.

Wie fast jede neue Regierung in der Dritten Welt zeigt auch die Administration Estrada erhebliche Anlaufschwierigkeiten. Jeder neu ernannte Minister und Staatssekretär brachte seinen Mitarbeiterstab mit in die Regierungsverwaltung ein. Zumindestens für eine Übergangszeit waren Positionen doppelt und dreifach besetzt, was einer effektiven Arbeit nicht zuträglich war und das Budget mehrfach belastete. Überhaupt war die neue Administration vor erheb-

■ Nach den Wahlen vergaß Estrada nicht, von wem er gewählt worden war, sondern bestätigte in seiner Antrittsrede und in seinem 100-Tage-Programm, daß sein Hauptaugenmerk den Armen gilt.

liche Probleme gestellt, die Routineaufgaben zu bewältigen. Unerfahrenheit mit den Regierungsabläufen, fehlende Budgetmittel und noch nicht formulierte und per Dekret angeordnete Regierungsprogramme erschwerten die Arbeit der Administration. Weltbank und ADB hatten z.B. erhebliche Probleme, vorbereitete Projekte zu finden und die für die Philippinen vorgesehenen Programme zusammen mit der neuen Administration umzusetzen.

### ■ Die Einlösung der Wahlversprechen in der Wirtschaftspolitik?

■ Auch die Wirtschaftspolitik des neuen Kabinettes klingt im Ansatz plausibel und versucht die anspruchsvolle Vision *Prosperity for all* des neuen Präsidenten umzusetzen.

Auch die Wirtschaftspolitik des neuen Kabinettes klingt im Ansatz plausibel und versucht die anspruchsvolle Vision *Prosperity for all* des neuen Präsidenten umzusetzen. Eine marktwirtschaftliche Ausrichtung, weitere Marktöffnung und fortgesetzte Liberalisierung des Handels sind Grundpositionen, welche die Regierung Estrada, an die Vorgängerregierung anschließend, fortführt. Bei rückläufigem Wirtschaftswachstum und geringem Steueraufkommen ist die Finanzierung anspruchsvoller Programme in den Philippinen allerdings schlicht unrealistisch.

Eine solche Wirtschaftspolitik soll vor allem bei folgenden Punkten ansetzen:

- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Investitionen im ländlichen Bereich,
- Stärkung von einheimischen Produktionen, insbesondere durch arbeitsintensive Herstellung und unter Nutzung einheimischer Materialien,
- Förderung des Exportes von philippinischen Produkten,
- gezielte Investitionen in die Verarbeitung von ländlichen/landwirtschaftlichen Produkten,
- Förderung von Investitionen in abgelegenen, rückständigen Regionen des Landes.

Von einer solchen Politik erhofft man sich gesamtwirtschaftlich:

- eine Steigerung des BSP im nächsten Jahr, insbesondere durch umfangreiche Neuinvestitionen,
- neue Arbeitsplätze, insbesondere im ländlichen Bereich,
- eine Reduzierung der Inflation von derzeit knapp elf Prozent auf unter zehn Prozent,
- eine erneute Steigerung der Exporte,

- eine Stabilisierung des Peso (durch die Asienkrise hat er im vergangenen Jahr 37 Prozent des Wertes verloren) gegenüber dem Dollar,
- die Verringerung des Budgetdefizites durch Erschließung neuer Ressourcen (Steuern),
- insgesamt die Überwindung der Wirtschaftskrise und die Lösung von gewaltigen Problemen auf dem Arbeitsmarkt,
- sowie die wichtige Zielsetzung einer gerechteren Verteilung des Einkommens.

### ■ Die schwierige wirtschaftliche Situation

Ogleich die wirtschaftlichen Probleme – insbesondere die Bankenkrise – der Philippinen nicht mit Korea oder Indonesien zu vergleichen sind, ist die Situation alles andere als rosig. Hausgemachte Probleme, die Finanzkrise in Asien und die langandauernde Trockenheit in weiten Teilen des Landes stellen die Regierung vor große Aufgaben:

- Die Inflation ist von rund fünf Prozent im Jahr 1997 auf 9,7 Prozent 1998 gestiegen. Solche Preissteigerungen führen zu realen Einkommensverlusten und belasten natürlich insbesondere die arme Bevölkerung.
- Die Arbeitslosenrate ist von 8,7 Prozent in 1997 auf 13,8 Prozent Ende 1998 gestiegen. Insbesondere in ländlichen Bereichen sind aufgrund der langanhaltenden Dürre rund eine halbe Million Menschen freigesetzt worden, insbesondere Landarbeiter und Saisonarbeiter. Auch in der Industrie sind rund 300 000 Menschen entlassen worden. Die Statistik weist Ende 1998 knapp drei Millionen Arbeitslose auf. Es ist nicht auszuschließen, daß die Zahl der Arbeitslosen auch 1999 weiter steigen wird, da viele der im Ausland arbeitenden Filipinos (rund 2,5 Millionen) wegen der Wirtschaftskrise in Asien keine Arbeitsplätze mehr finden werden.
- Hohe und steigende Arbeitslosenraten führen zu einer Verringerung der Löhne, so daß bei steigender Inflation eine geringere Kaufkraft weiter Schichten zu beobachten ist.

Die Trockenheit im Land während des Sommers und Taifunschäden im Herbst haben die Konsumentenpreise für Lebensmittel nach oben gedrückt und die

■ **Hausgemachte Probleme, die Finanzkrise in Asien und die langandauernde Trockenheit in weiten Teilen des Landes stellen die Regierung vor große Aufgaben.**

Einfuhr von über zwei Millionen Tonnen Reis notwendig gemacht.

- Da rund 20 Prozent des BSP von der Landwirtschaft erzeugt werden und rund 40 Prozent der philippinischen Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, hat die Trockenheit erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum des Landes. Die fünfprozentige Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion ließ das BSP um rund 1,5 Prozent fallen.
- Auch die Inlandsnachfrage nach Konsumgütern hat starke Einbrüche zu verzeichnen. Das verringerte Einkommen breiter Schichten der Bevölkerung zeigt erhebliche Auswirkungen: Der Absatz von PKWs in den Philippinen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr z.B. um rund 50 Prozent.
- Gegenwärtige Schätzungen gehen von einem Wachstum der Wirtschaft von höchstens 0,5 Prozent (BSP) für das Jahr 1998 aus. Frühere Schätzungen in Höhe von drei bis vier Prozent mußten erheblich revidiert werden. Die Hoffnungen der Regierung gehen von zwei bis drei Prozent Wachstum im Jahre 1999 aus. Ob diese Ziffern realistisch sind, ist noch die Frage.
- Der philippinische Peso verliert an Wert. Von Juli 1997 stieg der Dollarkurs von 1:26 auf 1:39 im Dezember 1998.
- Gegenüber dem Vorjahr sind die ausländischen Investitionen in 1998 um rund 60 Prozent gesunken; dramatisch gefallen sind die Investitionen aus Europa, nämlich um über 80 Prozent. Auch von den Inlandsinvestitionen ist derzeit kein Wachstumsschub zu erwarten.

### ■ Der Infrastrukturbedarf

■ **Fast alle asiatischen Länder haben einen erheblichen Nachholbedarf an Investitionen im Infrastrukturbereich.**

Fast alle asiatischen Länder haben einen erheblichen Nachholbedarf an Investitionen im Infrastrukturbereich. Enorme Bevölkerungszunahmen in den letzten Jahren, meist ungenügende Bereitstellung von Finanzmitteln durch geringes Steueraufkommen in der Vergangenheit und der Gegenwart, wenig transparente und nicht auf Infrastrukturförderung ausgerichtete Haushaltsplanungen sowie die Finanz- und Wirtschaftskrisen vieler Länder in jüngster Vergangenheit verschärfen das Problem. Infrastrukturausgaben in Höhe von vier Milliarden US-Dollar pro Woche müßten in Asien getätigt werden, um den gegenwärtigen

Bedarf in etwa zu decken. Der größte Mangel besteht dabei in China, einem Land, das Wirtschaft und Infrastruktur umfassend modernisieren muß.

Mit Beginn der achtziger Jahre begann in den Philippinen ein Jahrzehnt der Vernachlässigung der Infrastrukturentwicklung. Waren von 1979 bis 1983 durchschnittlich fünf Prozent des Bruttosozialprodukts für Infrastrukturinvestitionen aufgewandt worden, fiel der Anteil in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf unter zwei Prozent. Die Elektrizitätsproduktion stieg von 1980 bis 1990 um weniger als 50 Prozent, während sie sich in Indonesien versechsfachte und in Malaysia und Thailand mehr als verdoppelte. Ähnliche Entwicklungen betrafen den Telekommunikationssektor und den Straßenbau. Von 1980 bis 1990 nahm in den Philippinen die Gesamtlänge der geteerten oder zementierten Straßen ab, während sie sich in Indonesien verdoppelte und in Thailand um 70 Prozent zunahm.

In den Philippinen werden nennenswerte öffentliche Infrastrukturinvestitionen erst seit dem Zusammenbruch der Marcosdiktatur vorgenommen. Noch 1992 waren täglich acht Stunden Stromausfall an der Tagesordnung und fünfstündiges Warten auf eine internationale Telefonverbindung nichts Außergewöhnliches. Die Regierung von Corazon Aquino hat dann erste Privatisierungen – meist maroder Staatsfirmen – durchgesetzt und Gesetze erlassen, daß z. B. im Energiebereich private Firmen als Wettbewerber auftreten dürfen, und hat somit erste Weichen für mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb gestellt.

Präsident Ramos führte diese marktwirtschaftlichen Öffnungen weiter, privatisierte 132 regierungseigene Firmen und erlöste für den Staatshaushalt durch diese Verkäufe 129 Milliarden Pesos. Nach dem Energiebereich wurde der Bereich der Telekommunikation geöffnet und auch dort Wettbewerb zugelassen. In der Hauptstadt Manila wurde durch die Initiative von Präsident Ramos der Autobahnbau privat finanziert und privat durchgeführt (gebührenpflichtige sogenannte tollroads). Auch die vorgesehenen neuen städtischen Metrolinien werden privat finanziert und von privaten Firmen ausgebaut.

In diesen Bereichen konnte die Regierung Ramos marktwirtschaftliche Akzente setzen und positive Ergebnisse vorweisen: 1993 gab es 1,2 Telefone pro

**■ In den Philippinen werden nennenswerte öffentliche Infrastrukturinvestitionen erst seit dem Zusammenbruch der Marcosdiktatur vorgenommen.**

100 Einwohner, 1996 waren es immerhin 4,6 (das war zwar nur rund acht Prozent der Telefondichte von Taiwan oder rund 25 Prozent der Dichte von Malaysia). Danach explodierte der Markt, zumindest in den Großstädten, durch die Zulassung von Handys. Stromausfälle gehören seit der Regierung Ramos der Geschichte an. Allerdings muß die Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Bereich, in Zukunft noch erheblich ausgebaut werden: Nur 66 Prozent der Filipinos haben derzeit Zugang zu Elektrizität.

Durch die marktwirtschaftliche Öffnung und die Investitionen in die Infrastruktur stieg das Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent 1992 auf 5,7 Prozent 1996, das Pro-Kopf-Einkommen stieg gleichzeitig von 740 US-Dollar 1992 auf rund 1000 US-Dollar 1996. Insbesondere durch die Verkäufe von staatseigenen Firmen konnte das Budgetdefizit von 1992 bis 1997 in einen Überschuß verwandelt werden. Ohne den Verkauf von Staatseigentum wäre ein hohes Haushaltsdefizit zu erwarten gewesen, da mit der niedrigen Steuerquote in den Philippinen keinesfalls die hohen Staatsausgaben zu decken gewesen wären.

Die marktwirtschaftliche Öffnung und die Verbesserungen im Infrastrukturbereich sowie ein vom Staat stabilisierter Bankensektor haben dabei geholfen, die Finanzkrise in Asien einigermaßen zu überstehen. Was noch immer nicht verbessert werden konnte, war die Infrastrukturausstattung des Agrarsektors, der mit veralteten Methoden anbaut, keine vernünftigen Vermarktungskanäle kennt und einen riesigen Nachhol- und Modernisierungsbedarf hat. Auch die Situation der Armen (unter der Armutsgrenze lebten 1986 36 Prozent der Bevölkerung, 1994 35 Prozent) wurde während der Regierungszeit von Präsident Ramos nicht verbessert. Das wurde auch der früheren Regierungspartei LAKAS zum Verhängnis und stellte die Grundlage für den Wahlerfolg des jetzigen Präsidenten Estrada dar. Auch die Arbeitslosenrate blieb während der Regierungszeit von Präsident Ramos relativ konstant zwischen sieben und acht Prozent, mit einer neuen starken Tendenz, durch die derzeitige Rezession noch erheblich zu steigen. (Derzeit sind, nach offiziellen Angaben, 13,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos.)

Die Regierung Estrada steht nun vor der schwierigen Aufgabe, bei relativ leeren Kassen und einer weltweiten

■ Auch die Situation der Armen wurde während der Regierungszeit von Präsident Ramos nicht verbessert. Das wurde auch der früheren Regierungspartei LAKAS zum Verhängnis und stellte die Grundlage für den Wahlerfolg des jetzigen Präsidenten Estrada dar.



Wirtschaftsabschwächung enorme Infrastrukturinvestitionen zu bewältigen. Das kann nur erfolgen, wenn eine Formel gefunden wird, wie privates Kapital zur Finanzierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen angelockt und in die staatlichen Planungen integriert werden kann. Der Infrastrukturausbau ist enorm wichtig für die Philippinen, um wettbewerbsfähig zu sein und um für potentielle private Investoren als Produktionsstandort interessant zu sein.

Folgende Probleme stehen im Infrastrukturbereich für die neue Regierung zur Lösung an:

- Für eine prosperierende Wirtschaft muß der Energiesektor weiter ausgebaut und privatisiert werden.
- Die Deregulierungen im Telekommunikationsbereich müssen fortgeführt werden.
- 80 Prozent des Binnenhandels der Philippinen geht über den Seetransport. Der Ausbau von Häfen muß forciert und das Transportsystem muß verbessert werden. (Derzeit ist es billiger, Agrargüter von Davao nach Bangkok zu verschiffen, als sie nach Manila zu bringen.)
- Für den Transportsektor alleine werden in den nächsten fünf Jahren rund 20 Milliarden Dollar benötigt. Die Verknüpfung von Flughäfen und Seehäfen durch Straßen- und Eisenbahnverbindungen muß schnell vollzogen werden.
- 50 Prozent der Straßenfahrzeuge befinden sich im Großraum Manila: Auf den völlig überfüllten Straßen der Hauptstadt wird nur noch eine Durchschnittsgeschwindigkeit von zwölf Stundenkilometern erreicht (Tempodiskussionen erübrigen sich dadurch). Eine enorme Zeit- und Energieverschwendung ist damit verbunden und Manila als Produktionsstandort verliert erheblich an Attraktivität.
- Durch das Versprechen des Präsidenten, die Situation für die arme Bevölkerung verbessern zu wollen, steht er im Wort: Es muß vor allem die Infrastruktur im ländlichen Bereich (Straßen, Elektrizität, Bewässerung) grundlegend verbessert und ausgebaut werden.
- Billige Wohnungen für die arme Bevölkerung müssen gebaut oder gefördert werden
- und – was nicht leicht zu bewältigen sein wird – neue Arbeitsplätze müssen geschaffen werden.

■ **Der Infrastrukturausbau ist enorm wichtig für die Philippinen, um wettbewerbsfähig zu sein und um für potentielle private Investoren als Produktionsstandort interessant zu sein.**

Auch wenn die Regierung Estrada erst ein halbes Jahr im Amt ist, die ersten Schritte stimmen nicht hoffnungsvoll: Präsident Ramos hatte die Monopole geöffnet, Wettbewerb gefördert und den Marktzugang für Investoren erleichtert, Estrada scheint den Marktzugang in erster Linie für seine ‚Freunde‘ zu erleichtern: Der größte Nahrungsmittel- und Getränkekonzern San Miguel und die Telefongesellschaft Philippine Long Distance Telephone sind schon im ersten Halbjahr der Regierung Estrada von Freunden des Präsidenten übernommen worden.

### ■ Die Budgetplanung f r 1999

■ Die Regierung Estrada hat den Schwerpunkt ihres Regierungsprogrammes auf die Unterstützung der armen Bevölkerung gelegt.

Die Regierung Estrada hat den Schwerpunkt ihres Regierungsprogrammes auf die Unterstützung der armen Bevölkerung gelegt. Erste Gelegenheit, ein solches Programm umzusetzen und die Zielsetzung wenigstens zum Ausdruck zu bringen, war die Vorlage des Haushaltes für das Jahr 1999. Am 18. November 1998 wurde in dritter Lesung der Haushalt in Höhe von 579,5 Milliarden Peso mit 139 zu 28 Stimmen der Abgeordneten verabschiedet und an den Senat weitergeleitet.

Unmittelbar nach der Verabschiedung der Haushaltsvorlage kritisierte der Oppositionsführer im Kongreß, der Abgeordnete Feliciano Belmonte (LAKAS), daß das Programm nicht der armen Bevölkerung zugute komme.

Eine erste Analyse der Budgetplanung ergibt folgendes:

- Arme Regionen des Landes werden nicht überproportional bedacht, der Großteil der Ausgaben geht wie schon bisher nach Luzon mit der Hauptstadt Manila. Beispielsweise gehen nur 18 Prozent des Budgets für öffentliche Arbeiten nach Mindanao, 28 Prozent nach Visayas und über 53 Prozent nach Luzon.
- Ländliche Gebiete werden nicht bevorzugt von den Programmen gefördert, obwohl dort die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt. Das Budget für Landwirtschaft ist beispielsweise weitaus geringer als im Haushaltsjahr 1997.
- Bildung steht in der Größenrangordnung der Einzelhaushalte an erster Stelle, danach folgt Verteidigung und *Local Government*. Alle drei Budgetan-

sätze sind im wesentlichen Finanzierungsansätze für Lehrer, Soldaten und Beamte.

- Rund 80 Prozent der Budgetausgaben sind Personalausgaben oder personengebundene Ausgaben.
- Überspitzt formuliert, ist das Regierungsprogramm 1999 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für öffentliche Angestellte und Beamte.
- Es gibt insgesamt nur minimale Ausgabenansätze für echte Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen und Bewässerung.
- Eine Verbesserung der Situation der armen Bevölkerung ist durch den Budgetansatz für das kommende Jahr nicht zu erwarten.
- Ansätze in Millionenhöhe für *extraordinary and confidential expenses* fördern Korruption, die durch die Regierung eigentlich bekämpft werden sollte.
- Vermutlich sind im Rural-Urban Development Infrastructure Fund und in anderen Budgetansätzen Millionen an Pesos für die Selbstbedienung der Kongreßabgeordneten versteckt.

Auch die Entwicklungshilfegelder kommen nur teilweise der armen Bevölkerung in den Philippinen zugute: Die Zusagen der Weltbank für 1999 in Höhe von 600 Millionen Dollar gehen nur zu einem Teil in Richtung arme Bevölkerung. 150 Millionen werden für Bauern und Landwirtschaft ausgegeben, 150 Millionen gehen an private Unternehmungen und der Großteil der Zusagen ist für den Bankensektor vorgesehen. Im Gegensatz zur Weltbank unterstützt die Asiatische Entwicklungsbank die ‚Pro-Poor-Politik‘ Estradas: 700 Millionen Dollar werden für 1999 zur Verfügung gestellt, um den Armen im ländlichen Bereich zu helfen, während geringere Beträge (500 Millionen US-Dollar) in die Wasserversorgung Manilas investiert werden.

■ **Auch die Entwicklungshilfegelder kommen nur teilweise der armen Bevölkerung in den Philippinen zugute: Die Zusagen der Weltbank für 1999 in Höhe von 600 Millionen Dollar gehen nur zu einem Teil in Richtung arme Bevölkerung.**

### ■ **Eine elitendominierte Demokratieform**

Einige Politikwissenschaftler sind der Ansicht, daß die Menschen in Südostasien gleichsam in einem stillschweigenden Gesellschaftsvertrag bereit sind, Demokratiedefizite, Korruption und Nepotismus hinzunehmen, solange die politischen Eliten für hohes Wirtschaftswachstum sorgen und die ökonomischen Perspektiven mittelfristig positiv sind.

■ **Das politische System ist nicht demokratischer geworden, auch wenn der Machtwechsel von der Regierung Ramos zur Regierung Estrada friedlich und nach demokratischen Regeln verlaufen ist.**

Wenn diese Beschreibung zutreffend ist, sind soziale Spannungen in den Philippinen abzusehen: Die wesentlichen Strukturmerkmale des philippinischen politischen und wirtschaftlichen Systems haben sich nicht grundsätzlich geändert und keinesfalls verbessert. Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Situation erheblich schlechter geworden ist.

Das politische System ist nicht demokratischer geworden, auch wenn der Machtwechsel von der Regierung Ramos zur Regierung Estrada friedlich und nach demokratischen Regeln verlaufen ist. Es ist eher eine gegenläufige Tendenz auszumachen. Politische und administrative Ämter im Staat werden seit Jahren von einer Oligarchie mächtiger Familien dominiert. Sie besetzen durch ein kompliziertes Verfahren des Stimmenkaufes die Wahlämter und damit indirekt auch die Verwaltungspositionen. Politische Mandate und Verwaltungspositionen werden zur Herstellung von präferentiellen Bedingungen für die Wirtschaftstätigkeit dieser Familien (Staatskredite und Garantien, Subventionen, Vergabe von öffentlichen Aufträgen usw.) genutzt. Politikgestaltung im Interesse des Gemeinwohls spielt eine eher untergeordnete Rolle. Die Familien der Oligarchie benötigen den Zugang zur staatlichen Macht, um wirtschaftlich erfolgreich sein zu können. Die Marktverzerrungen durch politische Patronage sind so stark, daß politische Opposition, ohne wirtschaftliche Nachteile zu riskieren, kaum möglich ist.

Die Schwäche staatlicher Institutionen und die Dominanz der Oligarchie werden durch die Schwäche vieler gesellschaftlicher Gruppen ergänzt. Auch politische Parteien oder politische Koalitionen sind oft flüchtige Allianzen von Familien der Oligarchie. Es gibt nur schwache Ansätze zur Institutionalisierung und noch schwächere zu programmatischen Bindungen. Solange Interessenidentitäten zwischen Familien gesehen werden, wird die Zusammenarbeit in gesellschaftlichen Gruppen gesucht. Sobald die Allianz die Verfolgung der wirtschaftlichen Ziele nicht mehr gewährleistet, wird sie aufgegeben.

Im Jahre 1998 erfolgte ein erheblicher Bedeutungsverlust der von 1992 bis 1998 unter der Präsidentschaft von Fidel V. Ramos mit großer Mehrheit regierenden christlich-muslimischen Allianz LAKAS-NUCD-UMDP. Schon vor der Präsidentschaftswahl hatte

sich der Erfolg Joseph E. Estradas abgezeichnet. Folgerichtig setzte schon vor der Wahl der Übertritt (*turncoatism*) einer großen Zahl von Politikern zum Lager Estradas ein. Während Ramos' Allianz bei der Wahl vom 11. Mai trotzdem noch eine Mehrheit der Abgeordneten in das House of Representatives gebracht hatte, setzte sich in der Folge der massenhafte Übertritt zu Estradas Allianz fort, da nur Mitglieder der Regierungallianz mit Posten, Ämtern und somit Zugang zu Macht und Geld rechnen können. Inzwischen ist die Allianz LAKAS-NUCD zu einer Minderheitsgruppe mit kaum mehr als 30 der 252 Mitglieder des Parlaments geschrumpft.

Dieser Prozeß findet seine Entsprechung auf Provinz- und Gemeindeebene. Anfang 1998 gehörte noch die große Mehrheit der kommunalen Mandatsträger der LAKAS-NUCD-UMDP an. Vor allem aus politischen, aber auch aus finanziellen Gründen sind sie nun gezwungen, sich der neuen Allianz anzudienen, um bei der Vergabe von Ämtern, Privilegien und Programmen nicht vergessen zu werden. Gouverneure und Bürgermeister erhalten den überwiegenden Anteil ihrer Investitionsmittel durch staatliche Zuweisungen, deren Verteilung auf der Grundlage persönlicher Entscheidungen von Parlamentariern und Ministern vorgenommen wird. Auch auf diesen Ebenen ist die Nähe zu den Mächtigen im Staat notwendig, um in den Genuß von Vorteilen zu gelangen.

Nach der Machtübernahme Estradas hat sich der Fortbestand dieses elitendominierten Politikmodells deutlicher gezeigt als unter den Regierungen Ramos und Aquino. Es gab 1998 keine Anzeichen, daß der Teufelskreis von politischer Patronage und Plünderung des Staates, seiner Ressourcen, der natürlichen Umwelt und der machtlosen philippinischen Massen durch eine kleine Oligarchie von Familien, die Wirtschaft, Politik, Medien und gesellschaftliche Gruppen beherrschen, unterbrochen werden könnte.

Wenn sich nun unter der Regierung Estradas die Demokratiedefizite eher vergrößern, Korruption und Nepotismus ausweiten und zivilgesellschaftliche Gruppen wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände keine demokratischen Gegengewichte bilden können, kann es zu prekären politischen und gesellschaftlichen Konstellationen kommen. Wenn sich darüber hinaus die wirtschaftliche Situation der Massen durch eine asi-

■ Es gab 1998 keine Anzeichen, daß der Teufelskreis von politischer Patronage und Plünderung des Staates, seiner Ressourcen, der natürlichen Umwelt und der machtlosen philippinischen Massen durch eine kleine Oligarchie von Familien, die Wirtschaft, Politik, Medien und gesellschaftliche Gruppen beherrschen, unterbrochen werden könnte.

enweite Rezession und durch Mißernten im Lande drastisch verschlechtert, kann die Situation im Lande explosiv werden.

Die New Peoples Army (NPA) wittert bereits Morgenluft: Waren 1987 noch rund 25 000 Guerillakämpfer unter ihren Fahnen, so hat sich ihre Zahl heute auf rund 8000 Kämpfer reduziert. Zum dreißigsten Gründungstag der Kommunistischen Partei der Philippinen am 26. Dezember 1998 meinte ihr Anführer Liwanang, daß sich nun die Bedingungen für einen Bürgerkrieg wesentlich verbessern würden und daß die Kommunistische Partei und die NPA erheblichen Zulauf hätten. Auch die Guerillakämpfer in Mindanao stehen bereit: Die vom früheren Präsidenten Ramos eingeleiteten Friedensgespräche mit der Moro Islamic Liberation Front (MILF) sind ins Stocken geraten. Die MILF, eine Splittergruppe der Moro National Liberation Front (MNLF), kämpft seit Jahren für einen unabhängigen islamischen Staat in Mindanao. Die Anzahl der Kämpfer (untersützt aus arabischen Ländern) wird auf über 10 000 Mann geschätzt.

### ■ Der Spratly-Konflikt

China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, Brunei und die Philippinen beanspruchen Teile oder das Gesamtgebiet des 390 000 Quadratkilometer umfassenden Gebietes der Spratly-Inselgruppe im Südchinesischen Meer. Die Inselgruppe hat strategische Bedeutung, aber auch interessante wirtschaftliche Perspektiven, werden dort doch große Öl- und Gasvorräte vermutet. Auch wurden Kupfer-, Cobalt- und Nickelvorkommen entdeckt. Schon immer wurde das fischreiche Gewässer von den umliegenden Staaten genutzt. Schätzungen gehen davon aus, daß das Südchinesische Meer 30 Millionen Tonnen Fisch enthält.

Insbesondere China und die Philippinen liegen seit langem im Streit um die Inselgruppe. China leitet seinen Anspruch davon ab, daß die Inselgruppe von Chinesen entdeckt wurde und ab dem 15. Jahrhundert unter chinesischer Verwaltung gestanden habe. Die Philippinen beanspruchen die Inselgruppe wegen ihrer Nähe zum philippinischen Hoheitsgebiet (*parts of its continental shelf*) und berufen sich auf die 200 Meilen *exclusive economic zone* der UN-Konvention zum Seerecht.

■ **Insbesondere China und die Philippinen liegen seit langem im Streit um die Inselgruppe.**

Die letzten Streitigkeiten um das Gebiet datieren aus dem Jahr 1995, als entdeckt wurde, daß China massive Bauten auf dem Mischief-Reef errichtete. Peking beteuerte, es seien Schutzunterkünfte für chinesische Fischer. Fotos zeigten dann allerdings Gebäude militärischen Charakters und Soldaten in Uniform. In einem *code of conduct* einigte man sich 1995 darauf, die vorgefundenen Bauten bestehen zu lassen, die Strukturen aber nicht zu erweitern und zu entwickeln.

Anfang November 1998 schlugen dann in Manila die Wogen hoch, als festgestellt wurde, daß entgegen dem Abkommen die chinesischen Bauten nicht nur erneuert, sondern erheblich ausgebaut wurden. Von chinesischer Seite wurde behauptet, die Schutzgebäude würden renoviert und Schäden ausgebessert. Neuere Fotos zeigen allerdings, daß die Strukturen tatsächlich erheblich ausgebaut wurden. Verteidigungsminister Orlando Mercado zeigte sich besonders empört, da sich herausstellte, daß die neuen Gebäude mit hoher Wahrscheinlichkeit für eine militärische Nutzung geeignet sind. Angesichts der haushohen Überlegenheit des chinesischen Militärs gegenüber der schlecht ausgerüsteten Streitmacht der Philippinen wurde der Ruf nach US-Militärpräsenz laut und daran erinnert, daß die Philippinen mit den Vereinigten Staaten einen gegenseitigen militärischen Beistandspakt geschlossen haben und daß darüber hinaus vorgesehen ist, ein *Visiting Forces Agreement* abzuschließen. Es erlaubt den Truppen, Kriegsschiffen und Flugzeugen der USA, die See- und Flughäfen der Philippinen zu nutzen.

Nach Tagen heftiger Proteste und lebhafter Diskussionen zwischen Militärs und Politikern setzte sich die Einsicht durch, daß eine militärische Konfrontation zu vermeiden sei. Präsident Estrada setzte große Hoffnungen auf sein bilaterales Gespräch mit dem chinesischen Präsidenten Jiang Zemin während der APEC-Konferenz in Malaysia am 17.11.1998, um den Konflikt auf dem Verhandlungswege beizulegen. In dem Gespräch der beiden Regierungschefs und den nachfolgenden Verhandlungen der beiden Außenminister in Kuala Lumpur wurde vereinbart, die Streitigkeiten ruhen zu lassen und die ausgebauten Gebäude gemeinsam für den Fischfang zu nutzen. Von philippinischer Seite wurde Wert darauf gelegt, daß

■ **Angesichts der haushohen Überlegenheit des chinesischen Militärs gegenüber der schlecht ausgerüsteten Streitmacht der Philippinen wurde der Ruf nach US-Militärpräsenz laut und daran erinnert, daß die Philippinen mit den Vereinigten Staaten einen gegenseitigen militärischen Beistandspakt geschlossen haben.**

die völkerrechtlichen Ansprüche auf das Riff weiter bestehen bleiben.

Ende November wurden dann 20 chinesische Fischer im Archipel von der philippinischen Marine aufgebracht und festgenommen. Präsident Estrada persönlich ordnete an, daß Anklage wegen rechts-widrigen Fischens innerhalb der 200 Meilen-*exclusive economic zone* erhoben werden soll.

Eine weitere Möglichkeit, das Problem der streitigen Ansprüche auf die Inselgruppe zu besprechen, ergab sich auf dem ASEAN-Gipfel vom 15. und 16. Dezember 1998 in Hanoi. Neben den ASEAN-Staaten nahmen auch China, Südkorea und Japan als Dialogpartner am Gipfel teil, auch um regionale Sicherheitsprobleme zu erörtern. Man bestätigte sich gegenseitig, eine friedliche Lösung anstreben zu wollen. Eine Lösung des Problems wurde vertagt.

### ■ Schwache Streitkräfte

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Spratly-Inseln wurde deutlich, daß das philippinische Militär ungenügend mit Waffen und Gerät ausgestattet ist und die vorhandene Ausrüstung militärtechnisch völlig veraltet ist.

Eine permanente Observierung der Spratlyinseln war auch deshalb nicht möglich, weil die philippinischen Streitkräfte nur über drei einsatzfähige Flugzeuge verfügten. Noch im November 1998 schenkte die Regierung Südkoreas der philippinischen Air Force fünf F-5 Alpha Fighterplanes, um ihr wenigstens Beobachtungsflüge über dem Riff zu ermöglichen. Im einem bilateralen Gespräch zwischen Präsident Estrada und dem amerikanischen Vizepräsidenten Gore während der APEC-Konferenz wurde vereinbart, die philippinischen Streitkräfte mit Unterstützung der Amerikaner zu modernisieren und besser auszurüsten.

Schon vor Jahren wurde der Plan einer Modernisierung der philippinischen Streitkräfte vorgelegt, die mit den Erlösen aus dem Verkauf eines 640 Hektar großen militärisch genutzten Geländes (Fort Bonifacio) im Zentrum der Hauptstadt Manila finanziert werden sollte. Immerhin wurden bei dem Verkauf des Geländes 26 Milliarden Pesos erzielt. Die für die Modernisierung vorgesehenen 7,8 Milliarden Pesos wurden zurückgestellt und werden nun verzweifelt in den Büchern und Banken gesucht.

■ Im einem bilateralen Gespräch zwischen Präsident Estrada und dem amerikanischen Vizepräsidenten Gore während der APEC-Konferenz wurde vereinbart, die philippinischen Streitkräfte mit Unterstützung der Amerikaner zu modernisieren und besser auszurüsten.



China		Philippinen	
35 Milliarden US-Dollar	Militärbudget	1,2 Milliarden US-Dollar	
2,93 Millionen	Personalstärke	106 500	
1,2 Millionen	Reserve	131 000	
2,2 Millionen	Heer	68 000	
265 000	Marine	23 000	
470 000	Luftwaffe	15 000	
9 600	Panzer	456	

## Das militärische Kräfteverhältnis

### Reichtum, Macht, Günstlingswirtschaft

Dem philippinischen Staat und den diesen tragenden Regierungen ist es bisher nicht gelungen, ihre Bevölkerung davon zu überzeugen, daß seine Politiker, Richter und Beamten ihr Recht, ihre Sicherheit, den Eigentumsschutz und ihre Chancen unparteiisch und anonym im Sinne eines Rechtsstaats zur Geltung bringen. Die Filipinos haben dagegen aus der Geschichte gelernt, daß Wirtschaft und Staat stattdessen von einer losen Allianz von Familien beherrscht werden, die durch Patronage oder politische Günstlingswirtschaft an die Macht gekommen sind. Am System der Patronage, der Vetternwirtschaft und der Dominanz politisch einflußreicher Familien hat sich unter der Regierung Estradas nichts Grundsätzliches geändert.

Zwölf Jahre nach der Vertreibung der Familie Marcos und der sogenannten EDSA-Revolution scheint es normal zu sein, daß die Witwe des Diktators als Präsidentschaftskandidatin bei den Wahlen im Frühjahr 1998 in den Philippinen antritt, daß der Sohn von Ferdinand Marcos in Ilocos Norte zum Gouverneur und die Tochter zur Abgeordneten des Kongresses gewählt werden. Es ist dann auch nicht weiter verwunderlich, daß im Herbst 1998 ein philippinisches Gericht Imelda Marcos von der Anklage der Korruption freispricht, die im Zusammenhang mit dem Erwerb des auf mehrere Milliarden US-Dollar geschätzten Vermögens des Marcos-Clans erhoben worden war.

Durch die Selbstverständlichkeit, mit der die Familie Marcos ins politische Leben der Philippinen zurückgekehrt ist und ermutigt durch den Richterspruch, versucht ‚Imelda‘ (auf den Philippinen werden Vornamen auch im öffentlichen Diskurs verwendet) nun Firmen einzuklagen, die bisher von sogenannten *Cronies* (Vettrauten der Familie Marcos teilweise seit der ersten Kandidatur Ferdinand Marcos' zum Kon-

Am System der Patronage, der Vetternwirtschaft und der Dominanz politisch einflußreicher Familien hat sich unter der Regierung Estradas nichts Grundsätzliches geändert.

groß im Jahre 1949) gehalten werden. Insbesondere werden von Imelda ins Auge gefaßt: die größte Brauerei (San Miguel), die philippinische Telefongesellschaft (PLDT), das größte Energieunternehmen (Meralco) und ein Bankenimperium (Allied Banking). Delikat wird die Angelegenheit auch dadurch, daß die Familie Cojuangco und Lucio Tan, von Imelda als wichtigste Opponenten auserkoren, massiv den Wahlkampf von Präsident Estrada unterstützten. Interessant ist auch, daß Lucio Tan Steuerschulden in Höhe von 26 Mrd. Pesos hat. Es ist derselbe Lucio Tan, der nur durch die direkte Unterstützung von Präsident Estrada die in seinem Besitz befindliche Philippin Airlines vor dem Bankrott retten konnte. Ein weiterer Aspekt ist bemerkenswert: Juan Ponce Enrile, der zusammen mit Fidel Ramos die EDSA-Revolution anführte, die den Sturz des Präsidenten Marcos einleitete und zur Flucht der Familie Marcos ins Exil beitrug, führt nun als Rechtsanwalt von Imelda Marcos die Klagen gegen die *Cronies* durch und versucht die Rechtsansprüche für Imelda zu realisieren.

■ Auf 500 Milliarden Pesos wird der Wert des Vermögens geschätzt, das von den *Cronies* gehalten wird und das Imelda einklagen will. Da ihr ein Unrechtsbewußtsein völlig fehlt, spricht sie auch ganz offen über das gesamte Vermögen der Familie Marcos: 4000 Tonnen Gold!

Auf 500 Milliarden Pesos wird der Wert des Vermögens geschätzt, das von den *Cronies* gehalten wird und das Imelda einklagen will. Da ihr ein Unrechtsbewußtsein völlig fehlt, spricht sie auch ganz offen über das gesamte Vermögen der Familie Marcos: 4000 Tonnen Gold! Das ist in etwa die Hälfte des Bestandes der American Federal Reserve Bank in Fort Knox oder etwa die Menge, welche die Bundesbank in Deutschland hält – jedenfalls ein Vielfaches der Goldbestände der philippinischen Zentralbank.

Mancher Filipino kommt bei derartigem Reichtum doch ins Grübeln und stellt sich die Frage: Wie konnte die Familie solche Reichtümer zusammenraffen und behalten, während 35 Prozent der philippinischen Bevölkerung unter der Armutgrenze leben, das Land riesige wirtschaftliche Probleme hat und die nötigsten Infrastrukturmaßnahmen für die ländliche Bevölkerung wegen Geldmangels nicht durchführen kann.

### ■ Helden, Mörder, Folterknechte

General Fabian Ver starb Ende November 1998 im Exil in Bangkok. Während der 22jährigen Marcos-Herrschaft war er die gefürchtetste und einflußreichste Figur im Machtapparat nach dem Herrscherpaar.

Er wird für willkürliche Verhaftungen, Folter und den Tod von zahllosen Gegnern des Marcos-Regimes verantwortlich gemacht. Während der unblutigen EDSA-Revolution drängte er Marcos, die Aufständischen, darunter Tausende von Zivilisten, bombardieren zu lassen und die Proteste blutig niederzuschlagen.

Zusammen mit Marcos und anderen engen Vertrauten verließ er das Land und lebte seither mit seiner Familie im Exil. Die Karriere Vers war eng mit dem Aufstieg und Fall des Marcos-Clans verbunden. Als Kommandeur der Sicherheitsgarde des Präsidenten und als Chef der Geheimpolizei besaß er das uneingeschränkte Vertrauen des Diktators und nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, Gegner der Regimes auszuschalten.

Die Regierung Estrada erlaubte, den Leichnam des Generals in die Philippinen überführen und mit militärischen Ehren beisetzen zu lassen. Das geschah exakt am 66. Geburtstag von Benigno Aquino, dem politischen Gegenspieler von Ferdinand Marcos, der, vor 15 Jahren aus dem Exil zurückkommend, auf dem Flughafen von Manila ermordet wurde. Die Hintergründe dieses Mordes konnten bisher nicht geklärt werden. Vermutungen gehen dahin, daß General Ver oder Imelda Marcos als engste Vertraute des damals schwerkranken Ferdinand Marcos für den Befehl zur Ausführung des Mordes in Frage kommen.

■ Die Karriere Vers war eng mit dem Aufstieg und Fall des Marcos-Clans verbunden. Als Kommandeur der Sicherheitsgarde des Präsidenten und als Chef der Geheimpolizei besaß er das uneingeschränkte Vertrauen des Diktators und nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, Gegner der Regimes auszuschalten.

### ■ Perspektiven

Die neue Regierung steht vor schwierigen Aufgaben. Ein anspruchsvolles Programm ‚Pro poor‘ wurde angekündigt und soll umgesetzt werden. Erhebliche Erwartungen wurden geweckt, die Notwendigkeit für ausgereifte Programme besteht. Es ist zu bezweifeln, daß die neue Administration die entsprechende Programme vorbereiten und umsetzen kann. ‚Pro poor‘ verlangt in einem zentralistisch ausgerichteten Land lange Instanzenwege von der Zentrale (Manila) bis zum entlegenen Dorf z.B. in Mindanao. Ob dort koordinierte Programme zur Armutsbekämpfung zum Tragen kommen, muß bezweifelt werden, da traditionell Korruption und Vetternwirtschaft noch immer die besten Programme zur Farce machen.

Ob die Regierung in der Lage ist, stabile Preise zu garantieren, Investoren ins Land zu locken und Wirtschaftswachstum zu fördern, muß ebenfalls be-

■ **Eines scheint auf jeden Fall sicher: Wird es der Regierung nicht gelingen, ein solides Wachstum zu erreichen und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen, um auf dieser Grundlage ihre anspruchsvollen Programme für die Armen zu realisieren, stehen ihr im kommenden Jahr schwere Zeiten bevor.**

zweifelt werden. Die Turbulenzen im philippinischen Agrarsektor sind noch nicht vorüber und die Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien zeigt deutliche Spuren einer tiefen Rezession: Für 1999 soll das Wirtschaftswachstum in den Philippinen zwischen ein und zwei Prozent liegen. Die Hoffnungen der Regierung liegen bei zwei bis drei Prozent Wachstum. Hoffnung alleine ist allerdings kein Konzept, um die Zukunft zu gestalten. Dem gesamten ASEAN-Block wird ein Negativwachstum prognostiziert, auch für Japan wird für 1999 ein Schrumpfen des BSP (-0,5 Prozent) vorhergesagt und die Weltwirtschaft wird insgesamt weniger stark wachsen. Weder die inländische Situation noch die Situation im Ausland geben Anlaß zu positiven Prognosen für die philippinische Wirtschaft.

Ob es unter diesen Bedingungen gelingt, den relativ erfolgreichen Exportsektor auszuweiten und zusätzliche Investoren anzulocken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die durch Modernisierungsprozesse aus dem Agrarsektor ausscheidenden Arbeitskräfte aufzufangen, ist eine weitere Frage.

Eines scheint auf jeden Fall sicher: Wird es der Regierung nicht gelingen, ein solides Wachstum zu erreichen und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen, um auf dieser Grundlage ihre anspruchsvollen Programme für die Armen zu realisieren, stehen ihr im kommenden Jahr schwere Zeiten bevor.

Wenn es der Regierung nicht gelingt, die enormen Infrastrukturdefizite zu beheben oder wenigstens anzugehen, werden die Philippinen an Attraktivität für Investoren verlieren und die Lebensqualität für die Bevölkerung wird sich weiter verringern.

Jetzt schon zeigt sich: Die Ineffizienz der staatlichen Verwaltung ist geblieben, Korruption und Vetternwirtschaft sind feste Größen in der Gesellschaft der Philippinen, die philippinische Form der Demokratie wird weiterhin von wirtschaftlich mächtigen politischen Eliten geprägt.

Die Zeichen, daß die Philippinen in den nächsten Jahren den entscheidenden Sprung zu wirtschaftlicher Stabilität, zu ausgeglichener Sozialstrukturen, einer gerechteren Einkommensstruktur und zu einer stabilen and funktionsfähigen Demokratie tun könnten, sind nicht verheißungsvoll.

Das Manuskript wurde am 31. Dezember 1998 abgeschlossen.